



NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 07.12.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:05



Anwesenheitsliste

CDU

Heidi Berger Sozialausschussmitglied

Jürgen Thomas Sozialausschussmitglied

Susanne Burckhardt

Martin Kolb

SPD

Dirk Kratz

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

Franco Casella Vertreter für Herrn Demmerle Sozialausschussmitglied

Bündnis 90/Die Grünen

Dietrich Herdel

FWG

Wolfgang Gauer

Ulrike Renner Sozialausschussmitglied

UBFL

Martin Kröhn Sozialausschussmitglied

Pia Schneider-Roth

Vertreter der Jugendverbände

Susanne Kaiser-Zech



Susanne Scharhag

Vertreter der Vereinigungen der freien
Jugendhilfe

Hans-Joachim Bouquet

Christian Dawo

Bruno Kühn

Silke Thomas

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Vertreter der Interessen ausländischer junger Menschen

Magdalena Schwarzmüller

Vertreter aus dem Kreis des Personals der Landauer Kindertagesstätten

Johannes Lunkwitz

Fachkraft des Gesundheitsamtes

Dr. Veronika Jäger

Vertreter der Lehrerschaft (ADD)

Elma Frey

Vertreter der evangelischen Kirche

Dekan Rudolf Ehrmantraut

Vertreter der katholischen Kirche

Pfarrer Klaus Armbrust

Beauftragter für Jugendsachen der Polizeidirektion Landau

Werner Bachmann



Leben in Landau

Farid Moayyedi

Sozialausschussmitglied

Sonstige

Arno Schönhöfer

Verena Hüttmann

AK Sozialberatung

Sabine Heyn

Berichterstatter

Claus Eisenstein

Hans-Joachim Malo

Schriftführerin

Gisela Beck



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Integrationskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz
(Gemeinsam mit den Mitgliedern des Sozialausschusses)
Vorlage: 500/006/2011
3. Konzept "Mobile" - Mobile Gemeinwesen- und Sozialarbeit
(Gemeinsam mit den Mitgliedern des Sozialausschusses)
Vorlage: 510/035/2011
4. Konzept zur Mobilen Schulsozialarbeit
Vorlage: 510/036/2011
5. Haushaltsentwurf 2012 des Jugendamtes
Vorlage: 510/037/2011
6. Sonstiges



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden zur - in Teilen - gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss. Herr Lunkwitz merkt zur Einladung/Tagesordnung an, dass zu TOP 5 - Haushaltsentwurf 2012 des Jugendamtes - keine Zahlen vorgelegt worden seien. Herr Eisenstein informiert, dass dies im Rahmen der Präsentation zu diesen TOP erfolge.

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Integrationskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz
(Gemeinsam mit den Mitgliedern des Sozialausschusses)

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage und den den Mitgliedern vorliegenden Entwurf des Integrationskonzepts. Es handele sich um ein individuelles Konzept für die Stadt Landau, in dem nach Einbeziehung aller Beteiligten die unterschiedlichsten Interessen Einklang gefunden haben. Das Konzept sei sowohl ein richtungsweisender Kompass als auch ein konkreter Maßnahmenkatalog.

Herr Casella merkt an, dass er keine Bedenken gegen das Konzept habe, verweist aber darauf, dass man nicht nur fordern, sondern auch leisten müsse.

Herr Lunkwitz teilt mit, dass im Rahmen des Informationsgespräches für die Träger und Leitungen der Landauer Kindertagesstätten am 09.11.2011 ein Workshop stattgefunden habe, um Daten und Informationen aus dem Bereich der Kindertagesstätten zum Integrationskonzept zu erheben. Er bemängelt, dass über den Inhalt im Vorfeld nicht näher informiert wurde, um sich entsprechend vorzubereiten.

Weiterhin bekräftigt er das Interesse der Kindertagesstätten, an der weiteren Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes mitzuarbeiten. Immer häufiger seien diese Einrichtungen auch Arbeitgeber für Menschen mit Migrationshintergrund. Im Miteinander der Kinder beginnen Probleme oft erst im Jahr vor der Einschulung, wenn die Kinder sich vergleichen und die Eltern Einfluss auf die Bildung von Freundschaften nehmen.

Frau Frey informiert, dass in den Schulen, wie IGS und DOS, Kindern mit Migrationshintergrund keine Stunden für Integration und Sprachförderung mehr angeboten werden können. Es sei ein sehr großer Bedarf vorhanden, es könne aber nicht geholfen werden. Der Vorsitzende bittet Frau Frey um eine schriftliche Anfrage, damit er hier weiter tätig werden kann.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses nehmen die Sitzungsvorlage zum Integrationskonzept zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Konzept "Mobile" - Mobile Gemeinwesen- und Sozialarbeit
(Gemeinsam mit den Mitgliedern des Sozialausschusses)

Beschlussvorschlag:

Im Verlaufe der Sitzung wird der Beschlussvorschlag wie folgt geändert:

Der Jugendhilfeausschuss und der Sozialausschuss beschließen den beiliegenden Konzeptentwurf „Mobile“ - Mobile Gemeinwesen- und Sozialarbeit in Landau in der Pfalz und beauftragen die Verwaltung des Jugendamtes mit der weiteren Ausarbeitung.

Die erforderlichen Mittel sollen im Rahmen des Haushaltsplanes 2012 bereitgestellt werden.

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage und den vorliegenden Konzeptentwurf zur Neuorganisation der Gemeinwesenarbeit. Aufgrund vermehrt auftretender Problemlagen in der Innenstadt war die Zusammenführung und Neuorganisation der Gemeinwesenarbeit notwendig geworden.

Herr Schilling, Firma Job-Point, stellt in einer Powerpoint-Präsentation den von ihm entwickelten Konzeptentwurf vor.

Der Vorsitzende fügt an, dass die Datensammlung eine gute Grundlage biete, um Synergien zu nutzen. Wichtig sei eine Zusammenarbeit mit den vorhandenen Strukturen. Er würdigt ausdrücklich die Arbeit des ÖSZ in der Südstadt sowie des Kinderschutzbundes, der im Horst in Trägerschaft des Mehrgenerationenhauses, weiterhin tätig sei.

Herr Eisenstein verweist darauf, dass es erforderlich sei, die Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Anlaufstellen und in der Innenstadt zu sichern, und die hierfür erforderlichen Mittel entsprechend der Sitzungsvorlage in den Haushaltsberatungen angemeldet werden müssen.

Herr Ehrmantraut teilt mit, dass im Vorfeld Gespräche stattgefunden haben und bittet, dass die gemachten Vorschläge und die Erkenntnisse aus der bisher geleisteten Arbeit im Konzept berücksichtigt werden und die über Jahre aufgebaute Vertrauensarbeit eingebracht werden könne. Insgesamt sieht er die Ausgestaltung der Gemeinwesenarbeit auf gutem Wege, bittet jedoch um Überprüfung einiger Begrifflichkeiten des Konzepts.

Frau Hüttmann, AK Sozialberatung, bemerkt, dass der niedrigschwellige Beratungsansatz als zentraler Ansatz der Gemeinwesenarbeit im Konzept zu kurz komme.

Herr Eisenstein stimmt zu, dass der niedrigschwellige Beratungsansatz Kern der Gemeinwesenarbeit sei und sichert eine Ergänzung diesbezüglich zu.

Herr Dawo bemängelt, dass Senioren und Behinderte im Konzept sehr wenig Berücksichtigung finden. Er bittet um verstärkte Angebote für diesen Personenkreis und um barrierefreien Zugang zu den Beratungsstellen.

Frau Schwarzmüller kritisiert, dass drei Stellen für die Umsetzung des Konzeptes nicht ausreichen können. Sie wünscht, dass keine konkreten Straßennamen genannt werden bzw. keine konkreten örtlichen Zuordnungen erfolgen. Sie betont, dass es nicht richtig sei, dass Bewohner der Innenstadt „Häuser im desolaten Zustand bevorzugen“ und moniert die Änderung einiger negativ besetzter Begriffe. Weiterhin ist ihr die Einbeziehung der ehrenamtlichen Kräfte und deren Teilnahme bei Besprechungen sehr wichtig.

Herr Kröhn stimmt Frau Schwarzmüller zu und ergänzt, dass keine Stigmatisierung der Betroffenen erfolgen dürfe.

Herr Herdel fragt nach, warum für die Entwicklung des Konzepts ein Projektauftrag vergeben worden sei, der Geld gekostet habe.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies durch den Stadtrat beschlossen worden sei.

Herr Herdel führt weiter aus, dass viele Formulierungen im Konzept nicht passen. Er ist der Ansicht, dass es nicht Ziel von Gemeinwesenarbeit sei, das Leben für die Bürger in der Stadt Landau angenehmer zu machen. Die Benennung von Problemlagen und konkreter Beratungsangebote fehle. Er fragt nach, warum die Partner im Sozialraum nicht einbezogen wurden.



Herr Eisenstein antwortet, dass eine Beteiligung stattgefunden habe und dass weitere Abstimmungen nachgeholt werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich bei dem Beschluss über die Sitzungsvorlage um einen Grundsatzentscheidung handelt, die als Grundlage für die Anmeldung der Mittel in den Haushaltsberatungen 2012 benötigt werde. Er sichert zu, dass die Nuancen des Konzepts ausgearbeitet werden und die Kritikpunkte berücksichtigt werden.

Frau Thomas fragt nach, ob die zusätzlich eingesetzten Kräfte an anderer Stelle fehlen. Der Vorsitzende antwortet, dass die Stellen nicht im Gesamtopf fehlen, aber die Arbeit neu verteilt werden müsse.

Herr Kratz ist der Ansicht, dass ein Beschluss über das vorliegende Konzept für die Haushaltsberatungen nicht erforderlich sei. Es seien gravierende Mängel vorhanden, stigmatisiere die Betroffenen und führe in die falsche Richtung. Die Diskrepanz zwischen Stellenanteilen und Arbeitsumfang sei nicht zu bewältigen. Er votiert dafür, dass Konzept zunächst auszuarbeiten und dann nochmals zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Vorsitzende erwidert, dass er dann keine Grundlage für eine Mittelanmeldung in den anstehenden Haushaltsberatungen habe.

Herr Thiel bestätigt, dass das Konzept Mängel aufweise; ein Konzept werde jedoch erst durch die Menschen erfüllt oder nicht erfüllt. Die Vorlage im Rahmen der Haushaltsberatungen sei erforderlich, damit Gelder bereit gestellt werden können. Besonders wichtig sei aber eine regelmäßige Evaluation.

Frau Vogler ergänzt, dass eine Nachbearbeitung des Konzepts notwendig sei. Konkrete Angebote sollten dargestellt und Unstimmigkeiten beseitigt werden.

Herr Lunkwitz bemängelt, dass die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zum Thema Birnbachsiedlung nicht aufgenommen wurden. Wichtig sei klarzustellen, welche Arbeit tatsächlich durch die vorhandenen Kapazitäten geleistet werden könne.

Herr Armbrust bemerkt, dass ein Konzept nicht zu konkret sein darf und die Kräfte vor Ort wissen, was sie zu tun haben. Die Frage sei, wie der Bedarf in der Innenstadt aufgefangen und die Gemeinwesenarbeit verknüpft werden könne.

Frau Burckhardt betont, dass es wichtig sei, die erforderlichen Mittel in den Haushaltsberatungen anzumelden, aber das Konzept zu überarbeiten.

Herr Moayyedi bittet darum, aufgrund der hohen Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in den betroffenen Gebieten, auch den Beirat für Migration zu beteiligen, was bisher nicht geschehen sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage insoweit abzuändern, dass über den Konzeptentwurf beschlossen werde, und die Verwaltung des Jugendamtes mit der *weiteren Ausarbeitung* beauftragt werde.

Herr Eisenstein ergänzt, dass die Unterstützung des Jugendhilfeausschusses in der Haushaltsdiskussion erforderliche sei, um Vorhandenes zu erhalten und den dritten Anlaufpunkt zu schaffen.

Herr Kratz befürwortet die Änderung des Beschlussvorschlages, und betont, dass hiermit die Grundlage für eine Nachbearbeitung des Konzepts unter Einbezug aller betroffenen Institutionen möglich werde.

Frau Schwarzmüller fügt an, dass sich im Horst das Angebot an Gemeinwesenarbeit verringert habe und eine Mitarbeiterin gehen werde.

Herr Ehrmantraut bittet um eine zeitliche Vorgabe für die Überarbeitung. Frau Hüttmann bittet um Einbeziehung der Basis.

Der Vorsitzende sichert zu, bis zum nächsten Jugendhilfeausschuss am 27. März 2012 Ergebnisse zu präsentieren.

Der Vorsitzende bittet anschließend um Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Abstimmung Jugendhilfeausschuss:

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Abstimmung Sozialausschuss:



Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Konzept zur Mobilen Schulsozialarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das beiliegende Konzept zur Mobilen Schulsozialarbeit in Landau in der Pfalz. Die Verwaltung des Jugendamtes wird mit der Umsetzung beauftragt.

Dem Jugendhilfeausschuss ist nach einjähriger Laufzeit entsprechend zu berichten.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Mobile Schulsozialarbeit ein eigenes Gebilde im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes sei. In Landau wurde ein mobiles Team aus vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebildet, die projektbezogen arbeiten.

Frau Hirsch, Frau Schwab, Herr Kliche und Herr Schilling stellen sich und ihr Konzept mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor.

Im Anschluss an die Präsentation ergänzt der Vorsitzende, dass es trotz Mobilität des Angebotes feste Ansprechpartner in den jeweiligen Schulen gebe. Sobald ein auswärtiger Schüler/in betroffen sei, werden die Kreisjugendämter eingebunden und an das Beratungsangebot der Landkreise verwiesen.

Herr Kratz fragt nach, ab welchem Alter mit den Sozialen Kompetenztraining begonnen werde. Herr Kliche antwortet, dass es sich bewährt habe, ab der 3. Klasse mit dem Konzept „Ring und Raufen“ anzusetzen.

Herr Herdel fügt an, dass die Schulsozialarbeit Teil der Gemeinwesenarbeit sei. Er bestätigt, dass in der Nordringschule ein hoher Bedarf bestehe, wobei viele Kinder nicht in Landau wohnen. Er fragt sich, wie hier Elternarbeit gemacht werden könne. Er glaubt, dass oftmals das Elternhaus das Problem sei und ist der Meinung, dass im Bereich der Südstadt die Verzahnung mit dem ÖSZ dringend erforderliche sei.

Herr Kliche bestätigt dies und ergänzt, dass er im Rahmen der Gemeinwesenarbeit enge Kontakte geknüpft habe.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass nur die Mittel eingesetzt werden können, die auch vorhanden seien.

Herr Lunkwitz ist der Ansicht, dass das Konzept keine Grundlage für klassische Schulsozialarbeit sei.

Frau Heyn erklärt, dass es sich bei der Mobilen Schulsozialarbeit nicht um Schulsozialarbeit im klassischen Sinne handle, sondern um Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket. Bei Schulen mit hohem Bedarf gebe es weitere Angebote und z.T. feste Schulsozialarbeiter. Sie erläutert, dass das Konzept mit den Schulleitungen besprochen sei und erstmals auch die Gymnasien sich geöffnet haben. Das gebildete Team könne nicht alle Problemlagen lösen; die Schulen haben einen eigenständigen Auftrag und müssen ihren Bedarf benennen. Schwerpunkte seien Prävention und Intervention, wobei eine Vernetzung mit der Gemeinwesenarbeit stattfinde. Eine langfristige Hilfestellung sei in diesem Rahmen jedoch nicht möglich.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Alternative gewesen wäre, nur vier ausgesuchte Schulen zu bedienen. Die bis 2013 befristeten Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes sollten aber so eingesetzt werden, dass alle Schulen profitieren können.

Frau Thomas erkundigt sich, ob das Konzept nur für die Schulleitungen gelte. Herr Kliche antwortet, dass auch eine direkte Kontaktaufnahme durch Eltern oder Schüler möglich sei, die Schulleitung dann aber eingebunden werden müsse.

Herr Eisenstein bekräftigt, dass das Team nur aufgrund eines Auftrages in den Schulen tätig werden kann.

Herr Dawo interessiert, was in den Ferien passiere. Herr Kliche und Herr Eisenstein antworten, dass aufgelaufene Arbeit erledigt werde, Bedarfe geprüft und Konzepte entwickelt werden.

Herr Lunkwitz stimmt zu, dass die Schulleitungen informiert werden müssen, fragt aber nach der Problematik des Datenschutzes.

Herr Eisenstein antwortete, dass bei familiären und individuellen Problemen der Datenschutz zu beachten sei; handle es sich aber um schulische Probleme, sei die Schulleitung zu beteiligen.

Herr Thiel erkundigt sich, ob eine Kooperation mit den fest installierten Schulsozialarbeitern bestehe. Die bestätigt der Vorsitzende.



Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Haushaltsentwurf 2012 des Jugendamtes

Herr Kirchmer stellt den Haushaltsentwurf 2012 des Jugendamtes mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Kosten für die geplante Schaffung einer Kindertagesstätte Landau-Süd in der Cornichonstraße nicht abgebildet seien, da die Umsetzung durch die Stadtholding GmbH erfolge. Die Inbetriebnahme der neuen Einrichtung im Laufe des Jahres 2013 werde aber zu einer Erhöhung bei den laufenden Sach- und Personalkosten für Kindertagesstätten beim Jugendamt führen.

Frau Burckhardt bittet um kurze Erläuterung zu den neuen gesetzlichen Aufgaben. Herr Eisenstein erklärt, dass durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts eine Fallzahl von höchstens 50 festgeschrieben sei und ein regelmäßiger monatlicher Kontakt mit dem Mündel gefordert werde.

Im Rahmen des zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform gebe das Land einen Teil seiner Aufgaben an die Kommunen ab; ab 01.01.2012 sind die Kommunen für die Erteilung der Betriebserlaubnis einer Kindertagesstätte hinsichtlich Bau und Ausstattung zuständig (geteilte Betriebserlaubnis).

Das Bundeskinderschutzgesetz werde z.Zt. im Vermittlungsausschuss beraten. Es enthalte über 30 Regelungen für Jugendämter, die zu mehr Aufgaben und Verantwortung führen werden.

Herr Thiel verweist auf die Kürzung bei der sozialpädagogischen Schülerhilfe. Herr Eisenstein erläutert, dass im Vorfeld Gespräche mit den Trägern stattgefunden haben. Die Beschränkung auf unbedingt erforderliche gesetzliche Maßnahmen sei leider notwendig.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Sonstiges

Der Vorsitzende verweist auf die ausgeteilte Übersicht über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses 2012:

Dienstag, 27.03.2012, 17.00 Uhr, Ratssaal
Mittwoch, 30.05.2012, 17.00 Uhr, Ratssaal
Dienstag, 18.09.2012, 17.00 Uhr, Ratssaal
Dienstag, 18.12.2012, 17.00 Uhr, Ratssaal

Frau Scharhag erkundigt sich, warum die Termine der Jugendhilfeausschusssitzungen 2012 überwiegend dienstags stattfinden. Der Vorsitzende erklärt, dass dies aus organisatorischen Gründen nicht anders möglich gewesen sei.



Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 07.12.2011 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 87.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch

Gisela Beck
Schriftführerin